Die rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 16.

Montag, den 25. November 1918.

1. Jahrgang.

Die Revolutionsfeier.

Lord Jolejon.

Es fanden in Norweg's Feld gerüstet zum Streit:
Die alte gegen die neue Zeit.
Das, was muß' fallen, gegen das, was besch'n sollt':
Das, was muß' wachen, gegen das, was vergeh'n sollt'.
Da zogen das Schwert sie zur selbigen Stund'.
Der süße, junge Draf und der Dorchum.
Und der Herrsch' erwidert, daß die Gefellen dröhnten,
Und die Pfeile schwärzten und die Speere löhnten.
Nun meidet die Sage: Da trug ein tapferer Mann,
Lord Jolejon, Dlofs Banner voran.
Von diesem Bannertäger wird man finen und sagen,
Solang man in Norweg's Banner wird tragen.
Denn wie er die tödliche Wunde empfing,
Wit vor in den Kampf mit dem Banner er ging,
Und bevor er fiel, mit der letzten Kraft
Fest in die Erde stieß er den Speer.
Und die alte Sage, sie tut uns kund:
Tief fiel zu Boden, doch das Banner stund!
Und lachend soll fürder ein jeder noch wagen,
Der das Freiheitsbanner im Kampf noch tragen!
Der Mann mag finen, wenn das Banner nur steht,
Stich jenen in Norweg's Feld, wie die Sage geht.
Und das ist das Freiheits, Größe auf der Welt:
Das Banner kann stehn, wenn der Mann auch fällt!

Der Anmarsch.

c. h. Ueber hunderttausend Hamburger Arbeiterinnen,
Arbeiter und Soldaten sammelten sich Sonntag nachmittag
vor dem Rathaus, um der gefallenen Revolutionshelden zu
gedenken.
Draußen auf den flandrischen Feldern, in Auslands
Stimpfen liegen die Weisen und Namenlosen, von den herrsch-
lichen Massen auf die Schlachtfelder des Imperialismus
hinausgeschleppt, Weib und Kind dahinschlappend in Schmerz
und Not. Irgegend blühen die Gebirge all derer, die „fürs
Vaterland“ das Leben geben mußten. Der Wind streicht übers
Feld. Wer weiß darum? —
Jene aber, die in den ersten Novembertagen ihr Herzblut
für die Sache des Volkes ließen, sind mit unerschütterlichen
Tugenden in die Herzen der Arbeiterklasse eingegraben. Unüber-
sehbar war die Menge, die sich am klaren Novembersonntag
zur Revolutionsfeier einfand. Von allen Seiten strömte
es in Scharen heran. Mit Musik voraus, legte sich der schier
endlose Zug langsam in Bewegung, im Herbstwind flatterten
die rote Fahnen. So wählten sich die Massen gleich einem
riesigen Meer dem Heiligengeistfeld zu. Ans Arbeiterjüngern
schloß sich einmündig einmündig das herrliche „Lord Jolejon“.

Auf dem Heiligengeistfeld.

Das waren die Pfingsten der Revolution! Viel, sehr viel
Volk hatte sich versammelt, um seine Toten zu ehren und zu ge-
loben: wir kämpfen weiter! Und der heilige Geist der Revolu-
tion, der Geist des Befreiungskampfes, hing hernieder und erfüllte
mit glühendem Willen, die Revolution weiterzutreiben und nicht
eher zu ruhen und zu rasten, bis diese Erde, in der unsere Toten
ruhen, „ganzt frei werde“!
Von acht Tribünen hielten Redner die Bedeutung des Tages.
Genosse Paul Fröhlich, auf der Mitteltribüne, gebärdete in zündenden
Worten der Weisen, deren Reiter nun stumm in jener Erde
liegen, die sich das Volk in klühnem Ansturm eroberte, als es die
Seiten der Tyrannen und des Militarismus zerbrach.
Unsere Toten wollen nicht, daß wir uns trauern, sie wissen,
daß sie die Saat sind, aus dem uns neue Frucht erwächst. Die
Stunde läßt uns auch keine Zeit zu Trauerlagen! Noch ist nicht
gefahren, wofür jene Weisen das Leben verloren. Heute wollen
wir es den gefallenen Weisen beschreiben: In Eurem Sinne,
Eurem leuchtenden Beispiel folgen, wollen wir nicht rasten, bis
der Sozialismus erkämpft ist. Mit einem drauliebenden Hoch auf
die soziale Republik schloß der Redner. Dann ließen die Sänger
die störende Aufforderung: „Empor zum Licht!“ über das Feld
hallen.
Von den das Mittelpodium umkränzenden sechs Tribünen
sprachen die Genossen Dr. Kaufenberg, Dr. Herz, Kreischof,
Krieger, Hühig und Siedert. Alle Redner gaben der Bedeutung
der Stunde aus mitlebendem Herzen Ausdruck. Das ganze ein-
malige und Bedrückte der Toten, ehret sie, indem ihr
das Ertrugene vertritt, das begonnene Werk zur Erde führt.
Was der einzelne Redner sagte, war ein Wappstein im
Meere der allgemeinen Begeisterung, des gewaltigen Ausdrucks
der Volkseele: Der Helden sind wir lebig und fest entschlossen,
leinen Schritt wieder zurück zu weichen, und geht es, gleich dem
todesmutigen erben Weisen, durch eine Zeit der schwersten Not
gehen zu müssen. Wächsten auch alle Führer des Vol-
kes von diesem heiligen Geist der Revolution erfüllt sein.

Früh auf, ihr Landknecht, schlagt Rebelle,
Ihr treuen Weisen, hebt ins Korn,
Ihr Korn der Welt bis nach Parzeile,
Ihr Korn der Welt bis nach Romonen.
Aufschlag den Marsch zum letzten Kriege,
Den Marsch in Köln, Paris und Wien,
Den Marsch in Warschau und Berlin,
Den Marsch zum Tode und zum Siege!
Zusammen Mann für Mann!
Der letzte Krieg bricht an!
Geran! Tod oder Sieg!
Zum letzten heiligen Kriege!
Zusammen bei den roten Fahnen,
Voran die unterwühlte Schaar,
Durch Anstehlschlucht zu Siegesbahnen,
Vor dem Dreifach weicht der Ar.
Allherald soll Freiheit wachen,
Nicht in der Grenzen engen Raum,
Nicht mit des Kammons gold'nem Baum
Soll ferner man beschränkt uns halten!
Zusammen Mann für Mann!
Der letzte Krieg bricht an!
Geran! Tod oder Sieg!
Zum letzten heiligen Kriege!
Auf! Laßt die heeren Banner wachen,
Der Freiheit innerschlachtet Rot,
Denn für die Menschheit kämpfend fallen,
Ist doch der schönste Heldentod.
Und ist ein solcher Kampf beschieden,
Und winkt in diesem heiligen Rot,
In diesem Kampf ein Heldentod
Für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit.
Zusammen Mann für Mann!
Der letzte Krieg bricht an!
Geran! Tod oder Sieg!
Zum letzten heiligen Kriege!

So will das Hamburger Proletariat seine Toten ehren.
Langsam ging die Menge in alle Winde. Ueber das weite
Feld hatten wie ein heiliges Gelächern zu rastlosem Kampf die
Worte aus dem nordischen Heldengesang nach:
Das Banner kann stehn, wenn der Mann auch fällt!

Aus dem Schuldbuche.

Amlich, München, 23. November.
Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Innern hat vor
kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Ästen über den
Kriegsverbrechen zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht
veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensver-
hältnis zwischen den Vätern herbeigeführt werden konnte, das Voraus-
setzung für einen Frieden der Weltverbrüderung ist. Der bayerische
Ministerpräsident wird keinesfalls beabsichtigen, aus den diplomatischen
Umständen des bayerischen Reiches aufzuklären Beiträge zur Ver-
wirklichung des Willens zu veröffentlichen. Derselbe ist aus den
Berliner Gefandtschaftsberichten des Grafen
Verdenfeld einige Einseitigkeiten mitgeteilt:
In einem Bericht vom 18. 7. 1914 hat der bayerische Gesandte
in Berlin, Graf Verdenfeld, die Beziehungen erörtert die zwischen der
Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum
Oesterreichs an Serbien bestehen. Es heißt in diesem
Berichte:
„Der Grund von Mißverständnissen, die ich mit Unterstaatssekretär
Zimmermann, ferner mit den Botschafts- und Dreibund-Vertretern
im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen
Botschaftsrat darüber hatte, beruhte ich mich hiermit zu berichten:
Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat,
in Bezug auf unternehmen und der in der Herabsetzung einer
Note besteht wird am 25. d. M. erfolgen. Die Ein-
scheidung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund
darin, daß man die Adresse der Herren Poincaré und Viviani von
Petersburg abwarten möchte, um mit den Hauptmächten eine
Verhandlung über eine Generation zu erleichtern. Bis dahin gibt
man sich in Wien durch die glückselige Verurteilung des Kriegs-
ministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein richtiger
Gestaltung, und auch auf die Presse und die Wölfe ist nicht ohne
Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Be-
ziehung geistig vorgang, wird hier ansonst, und man bedauert nur,
daß Graf Verdenfeld, der anfangs gegen ein solches Vorgehen gewarnt
sein soll, durch seine Erklärung im Abgeordnetenhaus den Scheiter
einmal gestiftet hat.“

Wie mit Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit
bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:
1. Einen Erlaß über Proklamation durch den König von Serbien.
In der ausgeprochen würde, daß die serbische Regierung der groß-
serbischen Bewegung vollständig fernsteht und sie nicht duldet; 2. die
Erklärung über Unterwerfung gegen die Verantwortlichen an der Ver-
wirklichung des Ultimatum und Teilnahme eines österreichischen Beamten an die
Unterwerfung; 3. Entschuldigungen gegen alle, die an der großserbischen Be-
wegung beteiligt waren.
Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von
48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien erzwungen mit
seiner Würde als unabhängiger Staat unüber-
windliche Forderungen nicht annehmen kann,
liegt auch der Grund. Die Forderung wäre also der
Krieg. Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß
Oesterreich die günstige Stunde nicht selbst auf die Gefahr
weiterer Verwicklungen hin. Es man aber wirklich in
Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie
Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaats-
sekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn dank seiner
Entschlossenheit und Befreiung jetzt eigentlich der trante
Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen
Ankündigung Rußland, Italien, Rumänien, Serbien und Montene-
gro warten. Ein hartes und erfolgreiches Eingreifen gegen
Serbien würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn
sich wieder als staatliche Macht fühlen, würde das danieler-
gende Wirtschaftliche wieder aufrichten und die fremden Apsi-
rationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die
heute in der ganzen Monarchie über die Wölfe herrscht, könne
man wohl auch der serbischen Truppen flucht sein. In einigen
Jahren sei dies bei der Fortentwicklung der serbischen Propa-
ganda, wie General Conrad von Höpferdorff selbst ausgegeben habe,
nicht mehr der Fall.
Man ist also hier der Ansicht, daß es sich für Oesterreich
um eine Schicksalsfrage handle, und aus diesem Grunde hat man
hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir
mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einver-
standen seien, auch auf die Gefahr eines Krieges
mit Rußland hin. Die Planvollmacht, die man
dem Botschaftsrat des Grafen Verdenfeld, dem Grafen Hoes, gab,
der zur Überbrückung eines Alteschöpfung Handbegriffe und eines
ausführlichen Memorials hierhergekommen war, ging so weit,
daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit
Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.
In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutsch-
lands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr
Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer wüthischen
und unerschütterlichen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß
von deutscher Seite nicht zur Vorhut und zur Juridikation ge-
macht worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen
schamlos, bewies der Umstand, daß Graf Verdenfeld drei Tage,
nachdem er hier wegen eines Wundstichs mit Bulgarien hätte an-
treten lassen, telegraphisch habe, daß er doch noch Bedenken
trage, mit Bulgarien abzusprechen.
Man hätte es daher lieber gesehen, wenn mit der Aktion
gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbi-
schen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa
unter russisch-französischem Druck von sich aus
eine Entgenugung anzubieten.“

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Verdenfeld an
den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutsch-
lands geäußert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis
darauf, daß der Kaiser sich auf der Nordlandreise und der Chef
des Grafen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister
in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oester-
reichs genau so überrascht worden zu sein wie
die anderen Mächte.
Weiterhin werden über das verurteilende Verhalten der Mächte
allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: Herr Zimmer-
mann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein
Krieg ausreicht kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem
Sinne einwirken werden. Außerdem baute er darauf, daß das
„Waffen“ eines der bestbesetzten Akquisiten der russischen Politik
bilde und der Russe zwar gern mit dem Schwerte drohe, es aber
im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere gehe.
Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem
Zweibund und dem Dreibund England in jetziger Zeit schon mit
Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Rame
es freilich zum Kriege, so sei die Auffassung in Berlin, daß
wir die englischen Weiten auf der Seite unserer Gegner finden
würden, da England beabsichtigt, daß es bieleicht im Falle einer
Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herab-
finke und damit das europäische Gleichgewicht gefährdet würde.
Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine
sehr vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der
deutsche Botschaftsrat, Prinz Salferg, in Wien, schon vor einigen
Tagen bei Oesterreich die Frage der Entschädigung Italiens durch
Abtretung des südbahnen Trentino erörtert habe. (Wiso schon
damals.)

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gefandtschaft
vom 31. Juli 1914, früh, wird die Herabsetzung ausgesprochen,
daß die weitestgehenden reiblichen Bemühungen Oester-
reichs für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den
Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen
Gesandtschaft folgendes Stimmungsbild telegraphiert:
Es laufen derzeit aus Mailand: Petersburg 12 Stunden,
Paris 18 Stunden. Botschaft: Anfrage nach Grund der Mobilis-
ierung, Paris: Anfrage ob neutral stehende Weide werden selbst-
berständig ablehnen beantragt werden. Mobilisierung
spaniens Samstag, den 1. August um Mitternacht. Preu-
bischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich
mit großer Zuversicht entgegen. Rechnet damit,
Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu kön-
nen. Im französischen Meer kein guter Weist. Wenig Seilefener-
geheuge und Schiedersgeheuge.
In einem Bericht vom 4. August 1914, aus dem
übrigen hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet
hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird
über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutsch-
land nicht respektieren. Der Generalstab des Grafen Verdenfeld
hat die englische Neutralität um den Preis einer Mobilisierung
Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen
Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich.

Das ist der erste Schlag, und er ist vernichtend! Und doch
steht nichts in den Altentischen, was nicht schon vor Ausbruch
des Krieges klar zu erkennen war. Damals wurde doch auch
allgemein in der kriegsfeindlichen Presse anerkannt. Nach Aus-
bruch des Krieges aber tobte sich die Lüge aus. Im Umde
mit den Aldeutschen haben die sogenannten Arbeiterblätter die
fremden Lügen verbreitet. Von der Reichstagstribüne aus haben
die David, Stöckum, Scheidemann beständig mit Komödianten-
pathos die Unschuld der Regierung beidigt. Die revolutionären
Stimmen, die die Wahrheit aussprachen, wurden verleumdet und
verfolgt.
Arbeiter, seht Ihr jetzt, wer Recht hatte? Spricht Euer
Schuldbild!

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Genossen! Kameraden!
Vor zwei Wochen habt Ihr der Freiheit eine Gasse geöffnet.
Euer Mut, Euer revolutionäres Tatkraft hat das alte System,
die Militarität und den mittelalterlichen Konradismus, zer-
trümmert. Jetzt gilt es, die Grundlagen der Revolution zu
sichern und auszubauen. Jetzt gilt es, die Mächte der Gegen-
revolution, die nach dem ersten Schreden aus ihren Wirteln
hervorzutreten, niederzuhalten.
Der Volksrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-
räte erkläre in dem Sturm und Drang der ersten Revolutions-
tage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten
zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen
republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu
übernehmen hätte. Der Volksrat der Groß-Berliner Arbeiter-
und Soldatenräte mag sich aber keine Illusionen über die
Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er ist vielmehr
der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller
deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Grundlagen der
Revolution gesichert werden können. Arbeiter- und Soldaten-
räte müssen sich in dem Gebiete der deutschen Arbeiter- und
Soldatenräte einen Keil zu treiben. Weiräumen sind im Gange,
das Reichsgebiet zu zerlegen und die unheilvolle mittelalter-
liche Reichsfinanz in neuer Form wieder einzuführen. Die Ver-
wirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele
verlangt aber die Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts-
und Sprachgebietes. Der Volksrat der Groß-Berliner Ar-
beiter- und Soldatenräte will keine feindliche Trennung zwischen
Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der
Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschlusse verbunden sind,
herr werde; er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten
Bahnen vollzieht, daß die Gefährten, die der Volkserhebung
drohen, glatt und ohne Weibung beseitigt werden.
Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein fest-
zusammenarbeitendes aller Arbeiter- und Soldatenräte
Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Volksrates von
Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich
auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine
festgelegende Verammlung nicht das letzte Wort über die Ver-
fassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland ge-
sprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen
des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.
Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer
Delegierten-Verammlung in Berlin
zusammenzutreten. Schnelles Handeln ist not. Es ist daher
nicht möglich, ein einheitliches, allgemein gültiges Wahlsystem
vorzuschlagen. Wir empfehlen vielmehr, aus den zuerst be-
stehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und
nach Berlin zu senden. Die Delegierten-Verammlung darf, wenn
sie arbeitsfähig sein soll, im Höchstfall nur 500 Mitglieder um-
fassen. Unter Zugrundelegung der Volkszählungsergebnisse vom
Jahre 1910 würde auf um 200 000 Seelen ein Delegierter
kommen. Für die noch bestehenden großen Heeresverbände ist auf
je 100 000 Mann ein Delegierter zu wählen. Die Wahlen müßten,
um zu einem schnellen Ergebnis zu kommen, auf territorialer
Grundlage erfolgen. Wir empfehlen, bei den Wahlen die Ver-
hältnissahlen der in dem Bezirk vertretenen Arbeiter und Sol-
daten zu berücksichtigen.
Wir schämen Euch vor, die Delegierten-Verammlung frühestens
am 16. Dezember d. J., im Sitzungssaal des Reichs-
Abgeordnetenhauses zu Berlin zusammenzutreten zu lassen.
Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentral-
rates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen;
die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldaten-
räte maßgebenden Wahlsystems zu übernehmen. Entschließen
über die künftige festgelegende Verammlung zu fallen und zu
sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen.
Genossen! Kameraden! Laßt uns schnell und laßt uns einmütig
handeln. Nehmt unsere Vorladung an und laßt so schnell als
möglich die Wahlen durch. Ihr habt die Revolution gemacht, laßt
uns auch euerem ihre Früchte ernten. Die gesamte Auffassung
des Wahlsystems wird schnellstens veröffentlicht werden.
Berlin, den 23. November 1918.

Der Volksrat
des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin.
Rig. Müller. Wollenbuh.
Für die Offiziere:
Bergmann, Georg Walter. Saar.

Bestimmungen
Richtlinien für die Betriebsräte.
Für Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Inter-
essen der Arbeiter und Angestellten wird innerhalb des Betriebes
ein Betriebsrat gewählt.
Die Wahlen zum Betriebsrat werden auf folgender Grund-
lage vorgenommen:
In Großbetrieben erfolgt die Wahl absteigungsweise, und
zwar wählen bis zu 100 Beschäftigte ein Mitglied,
Betriebe bis zu 500 Beschäftigten wählen je nach der Zahl
der Beschäftigten bis zu fünf Mitglieder.
Die so gewählten Betriebsräte haben außer den in Absatz 2
vorgesehenen Aufgaben die Aufgaben der bisherigen Arbeiter-
ausschüsse zu erfüllen. Für alle Betriebsräte sind Ersatzpersonen
zu wählen. Die Wahlen erfolgen unter Kontrolle der freien Ge-
werkschaften.
Aufgaben der Betriebsräte.
Die Betriebsräte haben die Aufgabe, gemeinsam mit den
Betriebsleitungen bezug der Direktion alle die Arbeiter und An-
gestellten betreffenden Fragen zu regeln. Sie entscheiden zu diesem
Zweck einige ihrer Mitglieder, ohne deren Zustimmung die Be-
triebsleitung bezug der Direktion in den vorerwähnten Fragen
keine Beschlüsse fassen kann. Alle anderen Fragen unterliegen
nicht dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Amnestie.
Der Justizminister hat folgende allgemeine Verfügung
erlassen:
Allgemeine Verfügung vom 23. November 1918 über
Gewährung von Straffreiheit.
1. Nach Ziffer 8 des Reichsgesetzes vom 12. November
1918 (Reichsgesetzbl. S. 1303) ist für alle politischen Straf-
taten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängen-
den Verfahren sind niedergebittelt. Mehrere Ausführungs-
anordnungen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon
jetzt werden die Strafverfolgungsbehörden angewiesen, die
Strafverfolgung wegen Straftaten, deren politischer Cha-
rakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue
Verfahrensmassnahmen wegen solcher Taten nicht mehr ein-
zu leiten. Die Strafverfolgungsbehörden haben Verfahren
wegen Beschuldigungen der in Rede stehenden Art nicht mehr
zu bestreiten und Anträge auf Aufhebung anhängender gericht-
licher Termine zu stellen.
2. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Reichs-
gesetz über Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon
jetzt werden die Strafverfolgungsbehörden angewiesen, die
Verfahren wegen Straftaten, die nicht schwerer sind als drei
Monate Gefängnis nicht mehr einzuleiten und bereits ange-
tretene Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu
unterbrechen.
Berlin, den 23. November 1918.
Der Justizminister: Dr. Spahn.

Gemeinsame Aufgaben der Betriebsräte
und Gewerkschaften.
Für Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Ar-
beiter und Angestellten haben sich die Betriebsräte mit den freien
Gewerkschaften zu verständigen. Die Betriebsräte können Ver-
handlungen mit der Betriebsleitung bezug. Direktion aufnehmen.
Den Gewerkschaften ist über diese Verhandlung rechtzeitig und
langsam Bericht zu erstatten. Führen die Verhandlungen der
Betriebsräte mit der Betriebsleitung bezug. Direktion zu Diffe-
renzen, so müssen, bevor die Arbeiter sich weitere Schritte unter-
nimmt, die Gewerkschaften zugezogen werden. Die Gewerkschaften
müssen auch ihrerseits die Initiative zur Regelung allgemeiner
Vertragsfragen ergreifen. Sie unterstützen der Kontrolle des Voll-
zugsrates der A. und S.-Räte Groß-Berlin.

Allgemeine Richtlinien.
Die Sozialisierung der Betriebe darf nur von der sozialisti-
schen Regierung systematisch und organisch in Berücksichtigung der
gekommen inneren und ausenpolitischen Verhältnisse vorgenommen
werden.
Die Frage der Affordarbeit kann im gegenwärtigen Augen-
blick grundsätzlich nicht geregelt werden; sie muß vielmehr bis
zum Wiederaufbau eines geregelten Wirtschaftslebens zurück-
gestellt werden.
Für Eindämmung der Arbeitslosigkeit dürfen Entlassungen
nicht erfolgen, bevor nicht die Arbeitszeit bis zu vier Stunden
herabgesetzt ist. Der Lohnausfall wird durch die Arbeitslosen-
fürsorge geregelt.
Die bisher gewählten Betriebsräte und Arbeitersausschüsse
über ihre Tätigkeit bis zur erfolgten Neuwahl der Betriebsräte
aus Bestimmungen über Vornahme der Wahlen werden dem
nächst bekanntgegeben. Desgleichen auch die Bestimmungen zur
Vornahme der Wahl der Arbeiterräte.
Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin.
Richard Müller. Wollenbuh.

Im Zeichen der Märgung.

Es ist bekannt, daß die Sozialpatrioten sich im Winter 1917
infolge Ereignisse, die die Durchführung der Wehrmaßnahme
mit sich brachte, die Wehrpatrioten, demächtigen, und
sie von da an bis jetzt in ihren Händen festhielten. Seitdem ist
der Strom gegen die Regierungsozialisten heißer geworden,
der Gegensatz zwischen den Vertretern der Wehrpatrioten und
den linkslebenden Wehrpatrioten ist stets gewachsen. Die grundsätz-
liche Mißbilligung gegenüber der politischen Richtung des Staates ist
unter der bremsigen Arbeiterchaft immer größer geworden und
hat schließlich dazu geführt, daß in der öffentlichen Volksver-
sammlung vom 18. November beschlossen wurde, daß die „Bremer
Bürgerzeitung“ von dem revolutionären Soldatenrat übernommen
werden solle. (Wir haben die dahingehende Resolution kürzlich
veröffentlicht.)
Nicht unangehen die Frage des „Wie“ der Durchführung dieses
Beschlusses auf. Mit dieser Frage hatte sich nun der Aktions-
ausschuss des Bremer A. und S.-Rates zu befassen. Der Vor-
stand des Soldatenrates hatte erklärt, er würde sich verweigern,
einen in der Zeitungfrage gefassten Beschluß einer öffentlichen
Versammlung mit seiner Gewalt durchzuführen.
Zu der Sitzung des Aktionsausschusses, in der über die
Zeitungfrage und über die Art der Durchführung des Beschlusses
beraten werden sollte, wurde als einer der in Betracht kommenden
Redakteure für die Zeitung der Genosse Kniep geladen. Der
Aktionsausschuss, der aus Wehrpatrioten, Unabhängigen und
Bremer Arbeiterchaft zusammensteht, hat beschlossene, eine Kommission
zur Verhandlung mit den abhängigen Sozialisten zu ernennen,
resp. schon innerhalb des Aktionsausschusses diese Verhandlungen
zu führen. — Eine solche Absicht ist schon von vornherein die Mög-
lichkeit eines Kompromisses mit den Vertretern der Wehrpatrioten
— sie bedeutete den völligen Verzicht auf den offenen Kampf gegen
die Regierungsozialisten. Der Genosse Kniep folgte der Ein-
ladung zu dieser Sitzung des Aktionsausschusses nur, um dort
persönlich folgende Erklärung abzugeben:
„Die Vornahme in der öffentlichen Volksversammlung vom
18. November haben aus Neue bewiesen, daß die bremsige Wehr-
patrioten mit den Regierungsozialisten einwillig abzuweisen hat.
Die bremische Arbeiterchaft, die jetzt die Durchführung ihres
Willens auf eine materielle Maßnahme stützen kann, wird daher nur
nach dem Wege der Diktatur mit den Regierungsozialisten
verhandeln können. Als ein Vorkämpfer des politisch reifen Teiles
des bremischen Proletariats muß ich es daher ablehnen, mich mit
den Regierungsozialisten wegen eines Streiteingetandes an den
Verhandlungstisch zu setzen. Vielmehr kann ich die bremische
Arbeiterchaft nur immer wieder auffordern, die Durchführung
ihres Willens in jedem einzelnen Falle mit allen ihr zu Gebote
stehenden Mitteln der Diktatur zu erzwingen.“
Diese Erklärung führte eine äußerst ruhige und klare
Märgung herbei. Der gesamte Aktionsausschuss stellte sich ge-
schlossen gegen die Erklärung Knieps — einzig die Genossen
Lüdens erklärte sich mit ihr solidarisch und war somit zugunsten
des Aktionsausschusses auszutreten. Der Genosse Kniep
erklärte, auch er könne nicht mit Genossen und danach zu-
sammenarbeiten, jedoch könne ein eigenes Blatt herausgegeben
werden, das in der „Bremer Bürgerzeitung“ gedruckt werden soll.
Es wurde nun für ein solches Blatt Genosse Hente als Redakteur
vorgeschlagen — ob er diese Wahl annimmt, steht noch dahin.
Trotzdem hat sich der Märgungsprozess reiflos vollzogen. Auch
in Bremen haben sich die Fronten formiert — alles steht ge-
schlossen gegen die Vertreter des revolutionären Sozialismus, die
jetzt wie immer sich einzig auf den Willen und die Macht der
Arbeitermassen stützen können. Die Entscheidung darüber, in
welchen Hände die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ kommen
wird, liegt bei den bremischen Arbeitern. Die Art, in der sie
erfüllt wird, wird ein Zeugnis sein für die Stufe der politischen
Reife, des revolutionären Massenbewusstseins des Proletariats —
ein Zeugnis für seinen Willen zum revolutionären Kampf.
Auch in der Zeitungfrage können nur die revolutionären
Massenaktionen des bremischen Proletariats die Entscheidung
herbeiführen — in ihnen gilt es, der Diktatur der Führer, die die
Interessen des Bürgertums vertreten, die Diktatur des Prole-
tariats entgegenzusetzen.